Nichts Neues bei der FDP

Zu: „Die wirtschaftsliberalen Klimaschützer“, FR-Forum vom 25.5.

Die im Leitartikel „Nicht überzeugend“ verliehene Note „erstaunlich“ für das FDP-Wahlprogramm ist eine verharmlosende Untertreibung. Die neoliberalen FDP-Rezepte verdienen als Zukunftsmodell vielmehr die Schulnote „ungenügend“. Die mit wohlklingenden Parolen verbrämten freidemokratischen Beschlüsse dienen einem einzigen strategischen Ziel: der Profitmaximierung ihrer Bereicherungsklientel. Deshalb Senkung der Steuern und staatlichen Sozialausgaben, Bürokratieabbau zur ungehinderten Ausbeutung. Hinter der geforderten Beschleunigung der Digitalisierung steckt allein das Ziel der Einsparung von Arbeitskräften und -kosten.

Immer dann, wenn die Lindner- und Kubicki-Partei mit ihrem neoliberalen Latein am Ende ist, wird nebulös von Lösungen mit technischen Innovationen fabuliert. Welche technischen Innovationen sind zum Beispiel gegen die Versiegelung der Natur mit Straßen, Parkplätzen, Gewerbegebieten und Neubauviertel denkbar? Auf der Grundlage dieser im Übrigen immer gleichen abgedroschenen Leitlinien gibt es für die FDP nur eine realistische Regierungsoption: eine Koalition mit den wirtschaftspolitisch gleichgesinnten Parteien CDU/CSU und AfD, die bereits im aktuellen Bundestag rechnerisch eine Mehrheit hätte. Der Thüringer Ansatz lässt grüßen!

Joachim Bohndorf, Bensheim

Diskussion: frblog.de/lf-20210525

Haare in der Suppe

Zu: „Giffeys Rücktritt erwischt SPD kalt“. FR-Politik vom 20. Mai

Unserer Meinung nach sollte Frau Giffey nicht mit dem Entzug der Doktorwürde bestraft werden, sondern im Gegenteil: Der Freien Universität sollte man das Recht entziehen, Doktorarbeiten zu prüfen. Wir sind Laien in diesem Sektor, aber es ist naheliegend, dass, wenn eine Universität drei Anläufe benötigt, um irgendwelche Haare in der Suppe zu finden, nicht verwunderlich wäre, wenn am Ende die gefundenen Haare die eigenen sind.

Anita + F.W. Osterloh, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/giffey

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210531

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

WÄHLEN 2021
WIR KÖNNEN AUCH ANDERS
FR.DE/BUNDESTAGSWAHL

FR-WAHLFORUM

Ihr Wunsch zur Wahl

Am 26.9. ist Bundestagswahl. Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung? Was sollte sie als erstes tun?

Bitte schicken Sie uns **maximal drei Sätze**, die Ihren Vorschlag knapp skizzieren, an: **bundestagswahl21@fr.de**.

Eine Auswahl werden wir im Rahmen der Serie „Wir können auch anders“ vor der Wahl veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Frankfurter Planungsdezernenten Mike Josef (SPD) über das Thema „Frankfurt schrumpft: Wie geht es weiter?“ In der Reihe „Göpferts Gäste“ des Club Voltaire, Einwahldaten für den Videostream unter club-voltaire.de/veranstaltungen
Donnerstag, 10. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Menschenrechte wählen! Parteien vor der Wahl“ mit Menschenrechtspolitiker:innen aus fünf Bundestagsfraktionen. Anmeldung: forum-menschenrechte.de/events/menschenrechte-waehlen
Montag, 14. Juni, 17 Uhr

CDU ist nach Merkel-Jahren verschlissen

Wahlkampfauftakt: „Mangelmarke CDU/CSU“, FR-Politik vom 25. Mai

Laschet wird das Ruder nicht herumreißen

Der Ministerpräsident im Freistaat Bayern, Markus Söder ist nach wie vor der eigentlich gewünschte Kanzlerkandidat der Union gewesen und auch der geeignete Bundeskanzler der BRD. Das wird nach wie vor in der Mehrheit der Bevölkerung so gesehen, aber auch an der CDU-Basis selbst. Der CDU-Parteivorsitzende hat wenig Rückhalt in den eigenen Reihen.

In normalen Zeiten wäre es für jeden pragmatischen CDU-Ministerpräsidenten ein Leichtes, bei der bevorstehenden Bundestagswahl Grüne und SPD zu schlagen. Aber es sind keine normale Zeiten: Die CDU ist nach 16 Merkel-Jahren erschöpft. Die Partei ist müde, zu alt die Politiker, unmodern in der Haltung, Denke und Arbeitsweise. Hinzu kommt eine Politik, die die sich entwickelnden Probleme missachtet und daran vorbei gearbeitet hat. Die sozialen gesellschaftlichen Probleme sind dramatisch gewachsen.

Zurzeit scheinen eine innere Perspektivlosigkeit und ein fehlendes richtungsweisendes Wahlprogramm, Strategie und Konzept den Eindruck dieses müden CDU-Verwaltungsapparates zu bestätigen. Ein Kanzlerkandidat Armin Laschet wird das Ruder nicht herumreißen. Die Grünen werden mit weiterer Kompetenz in der Bevölkerung Überzeugungsarbeit leisten, um die Regierung übernehmen zu können. Oder ein maßgeblicher Koalitionspartner zu werden, der die Richtung mitbestimmen wird. Rudolf Knapp, Gmund

CDU richtet sich neu aus, ohne zu sagen, was sie will

Die Kritik am laschen Wahlkampfauftakt der CDU verdient ihre Berechtigung. Zum einen hat die Bevölkerung einen demokratischen Anspruch darauf, rechtzeitig zu erfahren, wofür gerade eine Partei steht, die sich personell neu ausrichtet. Zum anderen fehlt es den Christdemokraten nach 16 Jahren politischem Verschleiß unter der Stillstandkanzlerin Angela Merkel ähnlich wie am Ende der Ära unter Konrad Adenauer oder Helmut Kohl schlicht an den frischen zündenden Ideen, was sich schon sehr deutlich am eigenen neuen Online-Mitmachportal (zusammenmachen.de) zeigt, wo ausgerechnet ein Mega-Thema wie die Digitalisierung, wo Deutschland sogar einen besonderen Nachholbedarf hat, unter den für Interessierte angebotenen Thementischen und dem Themenbarometer als Auswahlpunkt komplett vergessen wurde.

Deshalb bedarf es in jedem Fall eines programmatischen Updates, zumal die CDU überhaupt keine Antwort darauf hat, wie sie die exorbitanten Kosten der Corona-Krise fair auf die Menschen verteilen will, wodurch bei einem Kanzler Laschet spätestens nach der Reaktivierung der nur temporär ausgesetzten Schuldenbremse in vielen Bundesländern massive Kürzungen zu Lasten der ohnehin durch die Pandemie stark gebeutelten jüngeren Generation bei der Bildung drohen! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Parteigespenster und gespenstische Parteien

CDU und FDP schauen nach vorne, geradeaus also! Glauben sie. So wie es aussieht, sehen sie in einen Spiegel. Der Blick geht nach hinten. Man sieht Gespenster.

Bei der CDU treten auf: Der „alte Fritz“ alias F. Merz, der immer dann kommt, wenn es etwas für ihn selbst zu holen gibt: Moneten, Posten oder besser noch beides zusammen. Politik soll es werden, ein klein wenig fürs Programm fehlt noch, man erwartet wohl noch auf eine Lieferung von Vorschlägen aus der Blackrock-Zentrale.

Bei der Werteunion, deren Mitglied Merz ist, findet er als weiteres Mitglied den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten vor; diesmal als Kandidat des Thüringer Südens für den kommenden Bundestag, nicht im weißen Gespensteroutfit wie Merz, sondern in einem leicht ins bräunliche gehenden Gewand. Der Sehfehler des ehemaligen Präsidenten ist nach wie vor vorhanden. Rechts sieht er so gut wie gar nichts, und mit dem linken Auge sieht er oft Dinge, die so gar nicht vorhanden sind. Gespenster!

Bei der FDP geht es mehr gespenstisch zu, man hat ein Parteiprogramm in einem Altpapierstapel entdeckt, eines mit dem man früher mal die alten liberalen Wähler verschreckt und zu Frau Merkel vertrieben hat und dann anschließend den unheilvollen Weg des Neoliberalismus beschritten hatte. „Auf zu fünf Prozent der Wählerstimmen“ - und noch weniger. Dieses Papier wurde poliert und mit einigen netten Zusätzen versehen, beginnt aber nach wie vor mit Steuersenkungen - auch für das sogenannte Prekariat, das mangels entsprechendem Einkommen (Niedriglohn) sowieso keine Steuern zahlen kann. Und natürlich: Freiheit darf nicht fehlen. Frei sind auch diejenigen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können und deshalb auf der Straße landen. Gespenstisch!

Rolfrüdiger Traub, Frankfurt

Ein Grund mehr, nicht die Union zu wählen

Hans-Georg Maaßen will für die CDU in den Bundestag. Ein Grund mehr, CDU/CSU nicht zu wählen. Ansonsten geht diese Kandidatur in Ordnung. Wie sich die CDU/CSU allerdings mit Leuten wie Maaßen von dieser AfD distanzieren will, bleibt ein Rätsel! Rainer Prosik, Hattenhofen

Diskussion: frblog.de/cdu-2021

Ist der Gesundheitsminister noch zu retten?

Impfung von Kindern: „Wir müssen eine lernende Gesellschaft bleiben“, FR-Tagesthema vom 25. Mai

Herzlichen Dank für dieses hervorragende Interview! Nicht nur Eltern sei die Lektüre des Preprints der Studie von Prof. Martin et.al. wärmstens empfohlen!

Nach seinem Versagen bei der rechtzeitigen und ausreichenden Bereitstellung von Impfstoffdosen, Tests, Masken, Apps für Geimpfte etc. und nach seiner Organisation der Impfung an denjenigen vorbei, die seit jeher für Impfungen zuständig sind, hat Minister Jens Spahn jetzt offenbar die in der Kinderheilkunde Sachverständigen vergessen – und verkündet allen Ernstes, er wolle schon mal Biontech-Impfstoff für Kinder reservieren!

Bekanntlich werden die Etats der WHO und der EMA ganz überwiegend von der Pharmaindustrie getragen. Dass Todesfälle in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung auf der Website der WHO kaum erwähnt werden, verwundert nicht – ein kausaler Zusammenhang ist schließlich nicht belegt. In den USA ist Comirnaty (der Impfstoff von Biontech/Pfizer, Anm. d. Red.) bereits für Kinder ab zwölf Jahren zugelassen – nach Beobachtung einer relativ geringen Fallzahl. Die Zulassung für Europa ließ nicht lang auf sich warten. Wie stets bei Corona-Impfstoffen eine Notfallzulassung.

Bisher ist eins von rund zwei Millionen infizierten Kindern und Jugendlichen sicher an Covid-19 gestorben, ist in der Studie zu lesen. Selbst wenn kein einziges unserer etwa 14 Millionen Kinder bereits genesen wäre, was sicherlich nicht der Fall ist, wären sieben Kinder betroffen. In Zusammenhang mit der Impfung – Kausalität nicht belegt! – starb einer von 14 000. Natürlich wird diese Impfung angesichts der z.T. ausgeprägten Impfreaktionen von manchen hochbetagten, multimorbiden Menschen nicht gut vertragen.

Eine Quote von 1000 toten Kindern nach der Impfung wird es also eher nicht geben. Aber will man tatsächlich 14 000 000 Kinder impfen und das Risiko einer schwer schätzbaren Zahl „sehr unerwünschter Ereignisse“ für die Kinder eingehen, um eins von den sieben zu retten? Dabei die Entstehung sehr ernst zu nehmender neuer Risiken wie z.B. Ausformung neuer VOCs etc. in Kauf nehmen? Und dieses Vorgehen auch noch indirekt verpflichtend machen, indem man es mit sozialen Themen wie Reisen in Verbindung bringt? Da frage ich mich eher, ob unser Herr Gesundheitsminister noch zu retten ist. Rainer Stockmann, Dreieich

Diskussion: frblog.de/kinderimpfen